

Bologna für die Berufliche Bildung

**Es geht nicht um eine didaktische Modularisierung,
sondern um eine Struktur- und Sozialreform des Neoliberalismus**

Kontroversen um „Modularisierung“? Es geht um viel mehr

In der GEW, der IG-Metall, bei Verdi und beim DGB wird schon seit Jahren zur sog. **Modularisierung** diskutiert und ein diesbezüglicher ablehnender Beschluss war auf dem Gewerkschaftstag 2007 der GEW-Bremen verabschiedet worden. Hintergrund waren die von den höchsten Gremien der EU vorangetriebenen Programme namens EQR und ECVET für eine europaweite Neuordnung von Ausbildung. Erst jetzt wo es um die konkrete Einführung eines verbindlichen Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) geht, ist erneut eine heiße Auseinandersetzung über die Umsetzung angelaufen, weil die Einordnung des Abiturs und damit der Hochschulzugang in der neuen Hierarchie der Bildungsabschlüsse strittig ist. Der Hochschulverband kritisiert den DQR fundamental und fordert die KMK zu eindeutigen Setzungen auf.¹

Das gesamte Neuordnungsverfahren ist in zwei Teile gegliedert, den Rahmen (EQR oder DQR hier Deutschland) und das eigentliche Megaprojekt der Modularisierung und Bepunktung aller beruflichen Ausbildungen ECVET bzw. DECVET. Sogas ähnliches kennt man schon aus den „Bologna-Reformen“ an den Unis. Nun soll analog dazu auch die berufliche Bildung umgekrempelt werden.

In Zukunft soll es möglich werden, einzelne Ausbildungsabschnitte in europaweit standardisierten "Units" beispielsweise in Frankreich zu beginnen, ein weiteres Modul in Spanien zu absolvieren, dann nach Deutschland zu gehen und schließlich in Polen nach dem gleichen System die fehlenden Punkte für den Abschluss zu sammeln. Die Ausbildung kann auch bei privaten Bildungsdienstleistern absolviert werden, die sich für die Ausbildung bezahlen lassen würden, dafür gäbe es dann von der Bundesagentur die entsprechenden Bildungsgutscheine. Ausbilden kann jede Stelle, die als Ausbildungsort zertifiziert und deren AusbilderInnen bzw. PrüferInnen von einer Zertifizierungsfirma geprüft wurden und die ein Qualitätsmanagement nach europäischen Vorgaben (EQARF) aufweisen können. Auch dieses ist schon in Arbeit. Ob es sich um einen Produktionsbetrieb handelt oder nicht, oder um eine staatliche Schule ist egal. Wesentlich sind Zertifizierung und Qualitätsmanagement, denn sie garantieren die Ausbildungsqualität.²

Zuende gedacht sollen dann auch sämtliche Kammerzuständigkeiten wegfallen. Die zersplitterten Zuständigkeiten hat vor allem die Bertelsmann-Stiftung aufs Korn genommen, die sich nicht mit Kleinigkeiten aufhält, sondern für eine zentralstaatliche Neuordnung des gesamten Ausbildungssektors votiert.³

1 Siehe die Erklärung unter: <http://www.hochschulverband.de/cms1/pressemitteilung+M527cbf7b19b.html>

2 Zum europäischen Qualitätsmanagement EQARF für die Berufsausbildung: <http://www.engavet.eu/de/policy.html> und http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc1134_en.htm

3 Siehe dazu das entsprechende Gutachten der Bertelsmann-Stiftung: „Berufsausbildung 2015“– Ein Leitbild, <http://www.anti-bertelsmann.de/berufsbildung/20082009/berufsausbildung2015.pdf> und die Seite: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-3402EBFD-46E93819/bst/hs.xml/prg_90297.htm

Gewerkschaftliche Positionierungen von „oben“

Obwohl es sich um ein konzeptionell geschlossenen Gesamtentwurf handelt, wird aus taktischen Gründen schrittweise vorgegangen. Bei den gewerkschaftlichen Stellungnahmen fällt auf, dass dem DQR offensichtlich eine gewisse reformerische Wirkung zugebilligt wird, obwohl er doch gleichzeitig eine gigantische neue Hierarchisierung beinhaltet, wie der Deutsche Hochschulverband zu Recht feststellt. Es wird keineswegs eine Enthierarchisierung, sondern eine Neuhierarchisierung von Bildung, Kompetenzen und damit der späteren Einkommen betrieben, die letztendlich die sozialen Chancen und den „Marktwert“ der Menschen bestimmen werden. Für uns ist nicht ersichtlich, was die halbherzige Kritik der Gewerkschaftspitzen bewirken soll⁴: **solange es keine** gesetzlich verankerte **Ausbildungsgarantie für alle** gibt, sollte nicht zugelassen werden, den Lehrstellenmangel auch noch zum Einfallstor für die neoliberale EU-Reform zu machen.

Es gibt inzwischen eine Reihe von gewerkschaftsnahen Gutachten, die auf der Internet-Seite "Anti-Bertelsmann" zusammengestellt sind.⁵ Besonders hervorzuheben sind die Gutachten von Ingrid Drexel, die bereits im Jahre 2005 eine Fundamentalkritik geliefert hatte, auf die sich im Folgenden alle anderen Gutachten beziehen mussten. Sodann ist der deutsche "Sonderweg" entscheidend vorgezeichnet durch das Gutachten von Euler/Sewering: "Flexible Ausbildungswege in der Berufsbildung" aus dem Jahr 2006.⁶ Sie stellen die Flexibilität in den Mittelpunkt, die das Plus der Modularisierung darstelle. Modularisierung in Form von Ausbildungsbausteinen sei ein zentraler Bestandteil der Neuordnung, da sie eine zeitliche Aufteilung und eine Ausbildung für einzelne Teilqualifikationen ermögliche und vor allem auch kompatibel mit dem vorhandenen Dualen System sei, wenn man die beiden Ansätze von Beruflichkeit und Modularisierung miteinander kombiniere. Wegen des sehr diplomatisch formulierten scheinbaren Kompromissangebotes wurde das Euler/Sewering-Gutachten zum Bezugspunkt für die deutsche Linie, die vom Innovationskreis Berufliche Bildung beim Bundesministerium für Bildung und Forschung (IKBB) danach verfolgt wurde.⁷

4 Auf dem Gewerkschaftstag der GEW 2009 wurde eine Thematisierung von DECVEt und DQR im Grundsatzbeschluss vermieden; der Beschluss hebt eher auf die vermuteten Vorzüge des DQR ab, ohne ihn beim Namen zu nennen.

http://www.gew.de/Bildungswege_oeffnen.html; Gutachten der Max-Träger-Stiftung:

<http://www.gew.de/Binaries/Binary53775/DQR-Gutachten.pdf>

Bei DGB, Verdi und IG Metall beschränkt sich die Kritik auf Schwachstellen, der „Systemwechsel“ wird anders als noch 2005 nicht mehr prinzipiell analysiert und kritisiert. Siehe z.B. http://www.anti-bertelsmann.de/berufsbildung/20082009/DQR_DGB-Bildung24s_z.pdf

IG Metall und Verdi:

http://berufsbildungspolitik.verdi.de/publikationen/gewerkschaftseigene/data/bbp_08_berufsbildpersp.pdf

5 <http://www.anti-bertelsmann.de/berufsbildung/index.html>

6 http://www.anti-bertelsmann.de/berufsbildung/Studie_Flexible_Ausbildungswege_in_der_Berufsbildung.pdf

7 <http://www.bmbf.de/de/6190.php>

Einfallstor Übergangssystem

Taktisch wird DECVET mit der Modularisierung des Übergangssystems eingeleitet, das bekanntermaßen Ausdruck eines langjährigen Mangels an Ausbildungsplätzen ist. Viele Details sind unklar, deswegen gibt es eine Reihe von Pilotprojekten und Evaluationen, zu denen ursprünglich auch das Bremer Projekt Opti-Qua gehören sollte. (Aus fachlicher Sicht haben sich die beteiligten Bremer ForscherInnen aber dafür ausgesprochen, einen Unterschied zwischen Ausbildungsvorbereitung und einer Vorwegnahme von Teilen der Ausbildung in ihrem Projekt zu machen. Sie wollen sich nicht in vorseilendem Gehorsam den EU-Vorgaben unterordnen.)⁸

DQR und das Modularisierungsprojekt „DECVET“ gehören zusammen

Vorgeschaltet vor das Projekt des modularisierten Leistungspunktesystems ist wie gesagt der DQR, Deutscher Qualifikationsrahmen, der die deutsche Form des Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) darstellt. EQR/DQR sollen einen Rahmen zur Beschreibung von Kompetenzen liefern, indem sie auf 8 sog. Niveaustufen sämtliches Können in allen Berufen oder Tätigkeiten abstrakt beschreiben. Die unterste Stufe entspricht dem un- und angelernten Arbeiter und die oberste dem Konzernlenker, Professor oder der leitenden Politikerin. In dieses allgemeine Schema werden ab sofort (Mai 2009) die bisherigen Abschlüsse, Gesellenbriefe, Meisterbriefe und Hochschulexamina eingeordnet. Ab 2012 sollen alle Abschlüsse den entsprechenden Vermerk über die DQR-Stufe enthalten. Allerdings ist nicht maßgeblich, was jemand in seiner Ausbildung an Erfahrungen gesammelt hat, sondern was er zu einem bestimmten Zeitpunkt abliefern kann. Das nennt sich Outcome. Dieses Outcome ist eine bestimmte Anforderung, die zertifizierte Prüfer auch in privaten Bildungsanbietern abnehmen können (siehe oben). Die Outcome-Orientierung und Ortsunabhängigkeit ist eine entscheidende Voraussetzung für die Möglichkeit der Privatisierung und sie wird von daher mit Nachdruck vorgebracht.

Das zweite Instrument im Kopenhagenprozess zur Reform der beruflichen Bildung ist das ECVET oder deutsch DECVET-System.⁹ Es gliedert alle vorhandenen Ausbildungen in Teileinheiten, die sogenannten Units oder Module, auf. Es würde bei seiner Einführung in der von der EU-vorgeschlagenen Form die Ganzheitlichkeit von Berufsausbildungen im Dualen System beenden und durch ein aufgelöstes System von einzelnen Units, deutsch Ausbildungsbausteine, zersplittern. Jeder Ausbildungsgang würde nach den Vorstellungen der EU-Planer in mindesten 8 Units aufgeteilt. Diesen Ausbildungsbausteinen/Modulen/Units wird eine bestimmte Punktzahl zugewiesen, die angesammelt werden kann, unabhängig von einem festgelegten Ausbildungsort. Der Azubi kann wechseln, von Schulungen bei einem

8 Siehe vor allem das Programm Jobstarter und die Pilotprogramme zur Einführung von DECVET:

<http://www.bmbf.de/de/2313.php>

<http://www.jobstarter-connect.de/>

http://www.decvet.net/de/Projektpartner/site__185/

http://www.ibbp.uni-magdeburg.de/inibbp/en/department_of_vocational_education_and_training/inhalt/decvet.html

9 DECVET – Entwicklung eines Leistungspunktesystems für die berufliche Bildung“:

<http://www.decvet.net/de/>

ECVET bedeutet: European Credit system for Vocational Education and Training (ECVET)

Bildungsdienstleister zu einer Produktionsfirma und zu einer Schule und sich jeweils dort die nötigen Punkte bis zum Abschluss verdienen. Diesen bräuchte er auch gar nicht, vielleicht braucht er nur einen Schein über einen Schweißlehrgang und kann dann damit Geld verdienen gehen. Die Beruflichkeit wäre zerstört. Das ECVET System ist wegen des Ansatzes einer Totalmodularisierung in Deutschland nicht in Reinform durchsetzbar und wird deshalb häppchenweise nach dem System von Versuch und Irrtum in Pilotprojekten getestet. An der Gesamtlinie wird aber festgehalten, wie es das Euler-Sewering -Gutachten vorzeichnet, was vor allem mit den Bildungsmarkt-Interessen der Global Player zu tun hat.

DQR und DECVET sind in ihrer Tragweite und in ihren Grundannahmen vergleichbar mit der Bologna-Reform für die Universitäten mit den bekannten Zielen: Einführung von Bachelor- und Masterabschlüssen und eines Leistungspunktesystems (ECTS), Einführung von Studiengebühren und eine Verwaltungsreform, die die Universitäten in konkurrierende Unternehmen auf einem noch zu schaffenden Bildungsmarkt zu transformieren soll.¹⁰

Gesellschaftspolitische Interessen des Kapitals an der Reform

Welche Interessen stehen hinter dem Neuansatz? Als Urmutter können die „Imperative“ der Wissensgesellschaft angesehen werden: Europa müsse den Marsch an die Weltspitze der Innovation antreten und seine Energien auf dieses Ziel bündeln, - das war das Programm von Lissabon im Jahr 2000, an das dann „Kopenhagen“ 2002 für die Berufliche Bildung anschloss.¹¹ Die offiziellen Begründungen für die neuen Systeme, es gehe um mehr Transparenz, um die Anrechnung von erbrachten Leistungen und ihre Übertragbarkeit in andere Länder, um die Mobilität von Auszubildenden zu erhöhen, sind in ihrer Arbeitnehmerorientierung unglaublich. Es geht u.E. ganz prosaisch um Ziele wie:

1. Um eine Zweiteilung der Ausbildung, die der Trennung zwischen spezialisierten Hochlohn- und prekarierten Niedriglohnarbeitsmärkten entspricht. Bei den Leuten soll die Bereitschaft, im Billiglohnsektor zu arbeiten, durch modulare Kleinstausbildungen erzwungen werden. Dabei geht es auch um Arbeitsverdichtung und erhöhte Leistungsbereitschaft während der Kurzausbildung und um den Zwang, sich als Humankapital verwertbar zu machen, egal, wo die Unternehmen in Europa die Arbeitskraft abrufen wollen.
2. Um eine Durchrationalisierung der europäischen Facharbeiterausbildungssysteme, die verbilligt, abgespeckt, entstaatlicht und für private Anbieter (global player) "geöffnet" werden sollen. Davon verspricht man sich auch eine Senkung der Ausbildungskosten sowohl für den Staat als auch für die Unternehmen.
3. Um Bildung als Ware, den Handel mit Bildungsdienstleistungen gemäß GATS, mit dem sich vor allem auch in Entwicklungs- und Schwellenländern und den sog. BRIC-Staaten (Brasilien, Indien, China, Südafrika) viel Geld verdienen lassen wird, wie man hofft. Standardisierte Module können leichter als komplexe Berufsausbildungen einen Warencharakter annehmen, sind in der Tat für Unternehmen transferierbar und können gehandelt werden.

10 Sieh dazu den Überblick zum NPM unter: <http://www.bertelsmannkritik.de/oekonomisierung.htm#verwaltungsreform>.

Die beste Bestandsaufnahme der Uni-Reformen: Andrea Liesner; Ingrid Lohmann (Hg.), Bachelor bolognese. Erfahrungen mit der neuen Studienstruktur, Opladen und Farmington Hills, MI, 2009.

11 Zum Kopenhagen-Prozess, der als Konsequenz aus "Lissabon" angeschoben wurde:

<http://www.bmbf.de/de/3322.php>, letzter Stand:

http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc/vocational/council08_de.pdf

Was tun? Kämpfen wir für eine Garantie vollständiger Ausbildungen für alle

Für die Umsetzung der EU-Reform für das berufliche Ausbildungssystem hatte das Bundesministerium für Bildung und Forschung einen Innovationskreis Berufliche Bildung (IKBB) eingerichtet, dem neben zahlreichen Vertretern des Unternehmerlagers und der Fachwissenschaften auch zwei Vertreterinnen des DGB angehören. Der Innovationskreis hat etwas verklausuliert und in schönen Worten die Übernahme des EU-Pakets beschlossen ("Öffnung" heißt der Begriff für eine völlige Neuorientierung).¹² Das "Wie" ist allerdings noch offen. Vor allem deshalb, weil das Duale System bislang unbestritten als leistungsfähig und im Vergleich mit anderen Berufsbildungssystemen als überlegen gilt. Dem Innovationskreis geht es zunächst darum, sich für das Neue "zu öffnen", ohne das bewährte duale System abzuschaffen. Deshalb wird mit Umsetzung am schwächsten Punkt, nämlich den vorgelagerten Warteschleifen, der Berufsvorbereitung für die hunderttausenden von unversorgten Ausbildungsplatzbewerbern begonnen.

Demgegenüber hält der DGB Gott sei dank an der Beruflichkeit für alle fest und besteht auf einer grundsätzlichen Ausbildungsplatzgarantie. Es wird seit nunmehr Jahrzehnten darauf hingewiesen, dass eine Ausbildungsplatzumlage für alle Unternehmen eingeführt werden muss, die allen Jugendlichen eine Ausbildung für einen Beruf und nicht für zwei, drei Module garantiert.¹³ Daran wäre festzuhalten: keine Reform ohne die Garantie einer Berufsausbildung für alle. Diese muss erstmal gesetzlich festgeschrieben werden, danach kann man über eine modernisierte Didaktik der Berufsausbildung reden. Dieser Linie sollten wir als Bremer GEW folgen und unsere Ablehnung der EU-Vorhaben ohne Gegenleistung bekräftigen.

Fachgruppe Hauswirtschaftliche/Gewerbliche Berufsschulen

12 10 Leitlinien zur Modernisierung der beruflichen Bildung -- Ergebnisse des Innovationskreises berufliche Bildung – http://www.bmbf.de/pot/download.php/M%3A0+10+Leitlinien+zur+Modernisierung+der+beruflichen+Bildung/~DOM:/pub/IKBB-Broschuere-10_Leitlinien.pdf

13 Siehe die Materialien der Initiative "Ausbildung für alle" z.B.

<http://www.ausbildung-fuer-alle.de/materialien/Download/handbuch.pdf>

Das Buch ist sehr empfehlenswert und erinnert u.a. daran, dass eine Versorgung mit 115 % vom Bedarf an Ausbildungsplätzen vom Bundesverfassungsgericht vorgeschrieben ist.